

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Poincarés Antwort an Stresemann.

Paris, 10. September. (W.B.) Die Avas meldet, hat Ministerpräsident Poincaré gestern bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Damville eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Wir würden sicherlich bereit über den letzten Willen dieser Befehlshaber, wenn wir nicht heute von Deutschland

die vollständige Reparation der Schäden verlangen würden, die es hier und in so vielen anderen Gemeinden Frankreichs angerichtet hat. Jetzt ist es mehr als vier Jahre her, daß der Friede unterzeichnet worden ist, und wir warten noch immer darauf, daß Deutschland leistet, was es uns schuldig ist. Es hat uns nicht nur durch seine Ausfälle als schlechter Schuldner gezwungen, selbst Pfänder zu ergreifen, sondern es ist auch durch die Hoffnung, die es nach unserem Einrücken ins Ruhrgebiet angeschlossen hat, für seine eigenen Interessen verhängnisvoll gewesen. Es hat, statt uns in lokaler Weise die Lieferungen anzubieten, die es an uns auszuführen in der Lage war, statt sich mit uns zu verständigen, wie wir das von ihm verlangten, um die regelmäßige Leistung dieser Lieferungen sicherzustellen,

unnütze Summen verdrängt, um einen Widerstand zu organisieren, der, wie es glückt, um entzweielt wurde, über den wir aber noch und noch triumphiert haben und der nun selbst zusammenzubrechen beginnt.

Wenn der Reichswirtschaftsminister von Kaumer oder der deutsche Finanzminister versichern, daß es für Deutschland eine finanzielle Rettung nur nach dem Ende des Konflikts im Ruhrgebiet gibt, so darf man ihnen also die Antwort geben, daß wenn dem so ist, sie diese Rettung in der Hand haben.

Sie müssen nur noch aufhören, Milliarden von Mark ins Ruhrgebiet zu werfen.

um die Arbeiter zum Streik zu ermuntern. Sie brauchen nur noch der Bevölkerung die Freiheit zu geben, ihren eigenen Reigungen zu folgen. Diese Bevölkerung wünscht nur zu arbeiten und sich mit uns wegen der Lieferungen, die uns geschuldet werden, zu verständigen. Ich habe allerdings, daß der neue Reichskanzler uns jetzt andere Pfänder vorhält als das Ruhrgebiet und die Eisenbahnen der besetzten Gebiete. Aber wir ziehen es vor, etwas in der Hand zu haben, als einer Sache nachzugehen. Die Garantien, von denen man spricht, würden der allgemeinen Hypothek auf sämtlichen Besitz der deutschen Staaten, die der Versailles Vertrag den Alliierten gibt, nichts hinzufügen.

Wir ziehen die positiven Pfänder vor, die wir in der Hand haben, und werden sie nicht gegen generelle Pfänder freigegeben, die vielleicht auf dem Papier angedeutet wären, deren Ertrag uns aber calgehen würde.

Wir wollen Realitäten und wir werden erst abziehen, wenn wir bezahlt sind.

Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt nachdrücklich, daß ein enges Zusammenwirken zwischen den einander ergänzenden Industrien Deutschlands und Frankreichs eine ausgezeichnete Einteilung zur Regelung der Reparationen und zu einem endgültigen Friedensstatut wäre. Schon im Dezember vorigen Jahres hatte der damalige Reichskanzler Dr. Cuno mir durch seinen Botschafter Verhandlungen mit den deutschen Industriellen anbieten lassen, um Abmachungen mit den französischen Industriellen vorzubereiten, und es trifft allerdings zu, daß die Industrien der beiden Länder, da Deutschland Kohlen und wir Eisenerze fördern, eines Tages ein Interesse daran haben werden, sich miteinander zu verständigen. Aber die Franzosen, die an diesen wirtschaftlichen Unterhaltungen am meisten interessiert sind, haben begriffen, daß sie, bevor sie an deren Vorbereitung gehen, der französischen Regierung Zeit lassen müssen, bezüglich des Reparationsproblems Sicherheit und Ergebnisse zu erlangen. Die Frage, die alle anderen bedrängt, die Frage, die in erster Linie alle unsere Sorgen erfordert, ist in der Tat die des Wiederaufbaus unserer zerstörten Gebiete.

Wenn wir sehen, daß Deutschland auch richtig entschlossen ist, diese Fragen zu regeln und uns für unsere Sicherheit etwas anderes als Versprechungen zu geben, dann werden wir ohne Voreingenommenheit die Möglichkeit ins Auge fassen, Wirtschaftsverträge abzuschließen.

Aber dann möge Deutschland beginnen, sein Verhalten zu ändern und endlich seinen guten Willen zu zeigen! Dann möge Deutschland auf Barmünde und Zweideutigkeiten verzichten! Dann möge Deutschland sich ein für allemal entschließen, ernstliche Anstrengungen zu machen und sich in die Lage zu versetzen, seine Schulden zu bezahlen! Bisher stellen wir nicht fest, daß seine Absichten sich in sehr fühlbarer Weise geändert haben.

Der Ton hat sich geändert und das ist trotz allem ein Fortschritt. Aber das Kleid ist fast das gleiche geblieben.

Wenn die deutsche Regierung sich einmal damit beschäftigen würde, die Korrespondenz von Thiers mit dem Grafen Saint-Hilaire und mit Montaufllet nachzusehen, dann würde sie es besser begreifen, wie eine Nation, die die beste Absicht hat, sich von ihren Verpflichtungen zu befreien, sich betragen kann und muß. Deutschland steht am Kreuzweg. Wenn es sich retten will, so ist dazu noch Zeit. Wenn es weiter bei seinen Methoden bleibt, dann wird es Katastrophen auf sich herabziehen, für die wir nicht verantwortlich sein werden.

Paris, 10. September. (W.B.) Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Hausdenville hielt Ministerpräsident Poincaré

die Schäden, die von Deutschland verursacht worden sind, von Deutschland wieder gutgemacht werden. Wenn Deutschland diese elementarsten Grundgesetze der Moral in vier Jahren des schändlichen Zusammenbruchs erkannt hätte, hätte es sich die vielen Enttäuschungen erspart. Deutschland selber hat die wirtschaftliche Not geschaffen, die es heute zu Boden drückt, Deutschland selber hat sich in jene entnervende Unsicherheit gebracht, die die Inflation, das Sinken der Mark und das Steigen der Preise herbeiführte.

Seit längerer Zeit hätte es produktive Steuern einführen und einziehen können, seine Finanzen und seine Währung stabilisieren und seine Produktion regulieren und noch und noch seine Verpflichtungen uns und den Alliierten gegenüber erfüllen können.

Jetzt beginnt es sich von der wirtschaftlichen Prognose abzulenken, aber heute noch gibt es sich, wie es scheint, einigen Illusionen hin. Die Bedingungen, die wir öffentlich gestellt haben, an denen nicht zu rühren ist, können nicht umgestürzt werden. Sie sind wiederholt von den französischen Kammern bewilligt worden. Es hängt weder von der gegenwärtigen noch von einer anderen Regierung ab, sie abzuändern. Die Deutschen, die glauben, daß der französische Ministerpräsident anspruchsvoller ist als sein Land, und die seinen Sturz wünschen, machen eine sehr falsche Rechnung auf, die ihnen zweifellos durch die Ideen eingegeben worden ist, wie sie sie unter dem Kaiserreich üblich waren. Bei uns gibt es keinen Herzog und keine Aechte, wir sind eine freie Demokratie. Bei uns ist eine Regierung, wie sie auch immer sein möge, nur der Dolmetscher des souveränen Volkes. Es hat über das Volk niemals einschließender seinen Willen gehabt. Ich habe das länder Echo des Willens all' die Tage hören können nicht nur in den zerstörten Gebieten, sondern auch gestern am anderen Ende Frankreichs in der treuen und patriotischen Bretagne, die mir bei meiner Durchreise überall einen so eindrucksvollen Empfang bereitet hat.

Was Frankreich will, das ist, bezahlt zu werden.

Es hat nach den Mitteln gegriffen, um diese Bezahlung zu erhalten. Frankreich erwartet, daß man ihm Genugtuung gibt. Nicht Frankreich ist es, das meichen wird.

Die Reden, die Herr Poincaré am gestrigen Sonntag gehalten hat, bringen keine Veränderung der politischen Situation. Wie von ihm anders nicht zu erwarten war, hält der französische Ministerpräsident mit großer Fähigkeit an der Auffassung fest, daß er das widerrechtlich gegen den Willen seiner Verbündeten genommene Pfand solange behalten müsse, "bis wir bezahlt sind". Es ist hier schon wiederholt gesagt worden, daß diese Formel dehnbar und vieldeutig ist. Sie kann bedeuten, daß Frankreich nach Erhalt gewisser für Deutschland erschwingerlicher Abschlagszahlungen das Ruhrgebiet räumen wird, sie kann aber auch bedeuten, daß Frankreich im Ruhrgebiet bleiben wird, bis Deutschland eine Endsumme, die es nach menschlichem Ermessen überhaupt nicht bezahlen kann, vollständig bezahlt haben wird; die Zahlungsforderung wäre dann nur ein Vorwand, um sich an Ruhr und Rhein dauernd einzurichten.

Es liegt im Interesse Deutschlands und der ganzen Welt, daß über die wirklichen Absichten Frankreichs so bald wie möglich Klarheit geschaffen wird. Handelt es sich um erschwingerbare Abschlagszahlungen und knapp bemessene Räumungsrufen — auch für das all' besetzte Gebiet —, dann müssen die alleräußersten wirtschaftlichen Anstrengungen gemacht werden, um die Befreiung der besetzten Gebiete, die anders nicht durchzuführen ist, auf diesem Wege so rasch wie möglich zu erreichen. Macht aber Frankreich die Räumung von unerfüllbaren Forderungen abhängig und zeigt es die Absicht, sich im alt- und neubesetzten Gebiet dauernd festzusetzen, dann wird niemand glauben, daß auf dieser Grundlage eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erzielt werden könne, dann kann es im fortgesetzten Ringen der beiden Völker höchstens Erschöpfungspausen, aber keinen Abschluß geben, dann können sich vielleicht die Formen des Kampfes ändern, können schein-

Dollar 52 bis 54 Millionen.

Die heutige Börse wurde beherrscht von der Erwartung der Ereignisse, die die nächsten Tage möglicherweise bringen werden und von den Entscheidungen, die demnächst getroffen werden müssen. Die Rede Poincarés wird nicht allzu pessimistisch aufgenommen, denn man glaubt, daß sie vielleicht immerhin zur Annäherung weiterer Aussprachen führen könne. Ein anderer Umstand wirkt ungünstiger für die Bewertung der Mark: Das Hinanzgütern der praktischen Lösung der Währungsfrage und Ausgabe der Goldnoten, nachdem die Ankündigung dieser Maßnahme mitgeteilt wurde, hat die Papiermark mehr zu entwerten, hat man an der Börse für unverständlich. Infolgedessen wurde der Dollar, der in den Morgenstunden zwischen 45 bis 50 Millionen geschwankt hatte, in den Mittagsstunden wieder etwas fester mit 52 bis 54 Millionen bewertet. Diese Kurse wären jedoch bedeutend überschritten worden, wenn die neue Devisenverordnung die Spekulation inmitten und außerhalb der Börse nicht einseitig zur Zurückhaltung gezwungen hätte. So ist der Bedarf heute etwas geringer, doch bleibt die Bewertung der Devisen unverändert fest.

bare Stillstände eintreten, aber es wird keine Verständigung, keine Versöhnung und kein Ende sein.

Weil eine klare Antwort auf diese Schicksalsfragen notwendig ist, ist die Absicht der deutschen Regierung, eine internationale Diskussion über sie herbeizuführen, zu billigen. Es ist ebenso zu billigen, daß die deutsche Regierung in dieser Diskussion den Standpunkt der Verständigung vertritt und ihre Absicht bekundet, die brennenden Probleme zur endgültigen Lösung zu bringen, sei es auch um den Preis großer Opfer von deutscher Seite. Die Entscheidung hängt jedoch nicht von Deutschland allein, sie hängt auch von Frankreich ab und in zweiter Linie von den übrigen Alliierten, ohne deren Zustimmung ein deutsch-französisches Abkommen nicht in Kraft treten kann.

Es wäre sinnlos, verschweigen zu wollen, daß diese Diskussion durch die unerträgliche Lage, in der sich die Bevölkerung der besetzten wie der unbesetzten Gebiete befindet, für Deutschland besonders dringlich geworden und daß die Entwicklung der nächsten Zeit mit den allerhöchsten Gefahren für die deutsche Republik verbunden ist. Wir stehen vor dem Fels und neben dem Abgrund, nur durch Weiterstreifen kann festgestellt werden, ob es nicht vielleicht doch einen Weg gibt, der an dem Abgrund vorbeiführt.

Das Echo in Frankreich.

Paris, 9. September. (Eca.) In hiesigen politischen Kreisen steht man in der heutigen Rede Poincarés, die auf die Stuttgarter Rede Stresemanns antwortet, keinen Abbruch, sondern im Gegenteil eine Fortsetzung der Unterhaltung mit Deutschland. Wenn Poincaré sich bisher über die Äußerungen Stresemanns, wenigstens was ihren Inhalt anbelangt, in negativem Sinne geäußert hat, so hebt man andererseits hervor, daß Poincaré an verschiedenen Stellen Angaben darüber gemacht hat, auf welchen Bahnen sich seiner Meinung nach die deutschen Angebote bewegen müssen, wenn sie für Frankreich annehmbar werden sollen. Zwar lehne Poincaré die Erhebung der Pfandpfänder durch Zentralpfänder ab, aber er lege an zwei Stellen seiner Rede deutlich, daß Frankreich auf Grund von Zahlungen das Ruhrgebiet räumen würde und daß er keine Versprechungen, sondern Realitäten wünsche. Poincaré drücke also in vorsichtiger Form die gleichen Gedanken aus, wie sie in zahlreichen offiziellen Äußerungen der französischen Regierung in der letzten Zeit wiedergegeben worden sind, daß nämlich die Räumung des Ruhrgebiets nicht in der Frage der Pfänder, sondern in der Frage der Zahlungen begründet sei.

Der "Temps" meint in einer Besprechung der Rede Poincarés, daß die widersprechenden Nachrichten, die in der letzten Zeit aus Berlin eingelaufen seien und die bald von Vorschlägen an Frankreich und Belgien, bald von der unveränderten Fortsetzung des passiven Widerstandes wissen wollten, in Frankreich übergegangen worden seien. Poincaré habe lediglich die Absichten Frankreichs zum Ausdruck zu bringen gehabt. Für die Art und Weise, wie er dies getan hat, sei es nicht ohne Bedeutung, daß er die ungeheuren Schwierigkeiten kennt, in denen die deutsche Regierung sich bewege. Poincaré habe seiner Antwort an Stresemann entsprechend der Umgebung, in der er seine Rede gehalten habe, einen bedauerlichen Mangel gegeben, der seinen Ausführungen nicht die Festigkeit nehme, die aber von jedem unerschütterlichen Spott fernhalte. Der Bauer, schreibt der "Temps", will keine Erde beackern. Er will säen und ernten. Von französischer Seite stehe also einem gerechten Übereinkommen, bei dem alle Alliierten auf ihre Rechnung kämen, nichts im Wege. Die Ereignisse hängen von Deutschland ab. Poincaré habe festgestellt, daß der Ton der deutschen Regierung sich geändert habe. Dies sei ein Fortschritt, aber es sei notwendig, daß man die Worte ändere.

Paris, 10. September. (W.B.) Das "Journal des Débats" hält das Gerücht von einem bevorstehenden deutschen Verhandlungsangebot nach wie vor für sehr wahrscheinlich, erklärt aber, daß jeder deutsche Schritt in dieser Richtung zweifelhaft sei, wenn er nicht von der Erklärung begleitet wird, daß der passive Widerstand bedingungslos aufgegeben wird. Frankreich müsse, bevor es mit Deutschland verhandeln könne, zunächst einen Beweis des guten Willens Deutschlands haben. Sei dieser Beweis des guten Willens erbracht, dann sei die französische Regierung bereit, jeden deutschen Vorschlag wohlwollend in Erwägung zu ziehen.

Die "Journées Industrielles" konstatiert mit großer Befriedigung, daß die wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung in Deutschland dem Separatismus im Rheinland nur überdies sein könne. Das Blatt vertritt sich von der Rettungsalten des Kabinetts Stresemann keinen Erfolg. Infolgedessen müsse das Rheinland unerschütterlich und schneller als man es vielleicht erwartet, Frankreich in die Arme fallen. Das Blatt richtet an die Regierung die Mahnung, rechtzeitig alle Vorbereitungen für diesen Augenblick zu treffen, wenn sie nicht großen Schwierigkeiten aller Art und insbesondere einem neuen Konflikt mit England sich aussetzen wolle.

Um den passiven Widerstand.

Paris, 10. September. (Eca.) Die Berliner Meldung über den Beschluß des Reichswirtschaftsrats, die Kosten für den passiven Widerstand einzufrieren und streng überwachbar zu lassen, haben hier große Sensation hervorgerufen. Ist in diesem Beschluß das Ende des passiven Widerstandes und darüber hinaus

Die Entschädigung der deutschen Kapitulation zu erlösen? — fragt das „Journal“. — Wir wollen nicht allzu schnell „Sieg“ rufen und einer neuen Entschädigung in die Arme laufen. Im ganzen genommen, bedeute die Entscheidung des Reichswirtschaftsrats das offizielle Eingeständnis, daß der Widerstand gegen die Alliierten von dem deutschen Staat organisiert sei. Zum erstenmal werde dies von deutscher Seite gewissermaßen zugegeben. Die Entscheidung bedeute, daß die Regierung der Verschwendung ein Ende machen will, die natürlich eine Folge der Unterstützung des Widerstandes durch das Reich war. Infolgedessen, fährt das Blatt fort, sind die Anzeichen für eine Ermüdung Deutschlands offenkundig. Die Wahrheit ist die, daß Deutschland materiell am Ende angelangt ist. Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno hat Deutschland in wahrhaftiger Weise dem Abgrund zugezogen in der Ueberzeugung, daß eine Art übernatürlicher Intervention Deutschland noch rechtzeitig vor dem Zusammenbruch bewahren werde. Heute sind alle Hoffnungen dieser Art geschwunden.

London, 10. September. (W.T.B.) Der Berliner Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, obwohl alle in Betracht kommenden Stellen erkennen, daß die Finanzen nicht wiederhergestellt werden können, solange große Summen für die Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet benötigt werden, so ist man doch entschlossen, nicht bedingungslos zu kapitulieren, da die Ueberzeugung herrsche, daß eine derartige Kapitulation wirtschaftlichen und politischen Ruin für Deutschland bedeuten würde. Angeführt der Tatsache, daß diese Erwägungen der Öffentlichkeit unterbreitet werden, sowie daß der Nation gezeigt werde, daß ihre Finanzen nicht in Ordnung gebracht werden können, bis das Ruhrgebiet sich wieder in deutschen Händen befindet und die Eisenbahnen und die Post sich rentieren, könne angenommen werden, daß sich ein Weg für Verhandlungen eröffne.

Bayern und die Reichssteuern.

München, 10. September. (W.T.B.) Die Korrespondenz Hoffmann schreibt: Die bayerische Staatsregierung trat mit den Führern der Koalitionsparteien des bayerischen Landtages in Verbindung bezüglich der neuen Reichssteuern, ihrer Gestaltung und Auswirkung. Bei diesen Besprechungen wurden eine Reihe von Anregungen geltend gemacht, die hinsichtlich der Durchführung und weiteren Gestaltung der Steuern unverzüglich an die Reichsregierung zu bringen sind. Die bayerische Regierung erklärte sich bereit, diese Anregungen in Berlin mit allem Nachdruck im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft zu vertreten. Im einzelnen soll verlangt werden:

1. Unverzügliche Prüfung, ob die neuen Steuern für alle Teile der Wirtschaft gleichmäßig tragbar sind; soweit eine Gefährdung einzelner Berufskreise nachweisbar gegeben ist, muß entsprechende Milderung oder Abmilderung der Steuern herbeigeführt werden.

2. Die in den Steuergeetzen und Vollzugsvorschriften festgelegten Termine sind soweit auseinanderzuziehen, als eine ordnungsgemäße Erhebung und Ausbringung der Steuern dies gerechtfertigt erscheinen läßt.

3. Erleichterungen und Steuernachlässe sind zur Abwendung unerträglicher Härten von den Vollzugsbehörden zuzulassen.

4. Die notwendigen Befugnisse des Reichsfinanzministers sind auf das notwendigste Maß zurückzuführen.

5. Am Vollzug der Steuergeetze muß die Verpflichtung des Steuerzahlers, seine Steuern selbst zu berechnen, restlos beseitigt werden.

6. Dem Reichsrat muß künftighin bei der Beratung und vor der Verabschiedung so tief einschneidender Steuergeetze das verfassungsmäßige Recht der Mitberatung unverkürzt zugestanden werden.

7. Es muß endlich im Interesse der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit verlangt werden, daß alle Schichten der Bevölkerung nach dem Grade der Leistungsfähigkeit nicht bloß mit Vermögensabgaben, sondern auch in der Erhöhung der Arbeitsleistungen nach Zeit und Qualität herangezogen werden.

8. Wo Fehler in der Einkommensteueranlagung des Vorjahres sind, müssen sie berichtigt werden. Weiter ist unbedingt notwendig, daß 9. das Vielerlei aller möglichen Reichssteuern aufhört. An die Stelle dieses Vielerlei sind einige große Steuern zu setzen, deren Zahlung an festen, der Geldbewertung entsprechend kurz zu bemessenden Terminen regelmäßig stattzufinden hat. Die Grundzüge hierfür haben die Besteuerung des Reineinkommens und die Zusatzsteuer für den Besitz zu bilden.

10. Die Länder und Gemeinden müssen sobald als möglich durch Uebertragung der Einkommensteuer finanziell selbständiger gemacht werden.

11. Der starke Verbrauch an Steuergeeldern muß so rasch als möglich mit allem Nachdruck eingedämmt werden durch Eindämmung der ersonnenen Fut immer neuer Geetze und durch Beseitigung aller überflüssigen, nicht volkswirtschaftlichen Stellen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden.

Der verbotene Betriebsrätekongress.

Ein Teil der von der kommunistischen Partei zur Teilnahme an dem in dem Polizeibezirk Groß-Berlin verbotenen kommunistischen Betriebsrätekongress abgeordneten Kommunisten versuchte am Sonntagmittag in Belten i. d. R. eine Tagung abzuhalten. Da in Belten gefehlt das Stützungsnetz des bürgerlichen Männerturnvereins stattfand und mit kommunistischen Stützungsversuchen zu rechnen war, war Schutzpolizei nach Belten abgeordnet worden. Bei Anrücken der Schutzpolizei ergriffen die Berliner Kommunisten, die sich gerade in Grimows Hotel versammelt hatten, sofort die Flucht. Sie versuchten dann später im Berlin mit der besten kommunistischen Organisation im geschlossenen Zuge zum Bahnhof zu gehen. Hieran wurden sie durch die Schutzpolizei verhindert und versprengt. Zu ernsthaften Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Die von auswärts nach Berlin gekommenen kommunistischen Betriebsräte sind, ohne an der Tagung teilzunehmen, wieder abgefahren. Es fehlte ihnen jede Möglichkeit, sich mit den führenden Berliner Stellen in Verbindung zu setzen, weil die maßgebenden Persönlichkeiten aus Furcht vor polizeilicher Bestrafung sich seit einiger Zeit verborgen halten.

Der „Miesbacher Anzeiger“ wurde wegen eines in den letzten Tagen erschienenen Artikels „Wann kommt der Mann?“ auf vier Tage verboten.

Die polnischen Pöbelgeetze gegen deutsche Theaterbesucher in Königsbrunn haben zum protestmässigen Abbruch der Stadtverordnetenversammlung geführt. Vorher hatte es heftige Auseinandersetzungen gegeben, die damit endeten, daß die polnische Fraktion abzog.

Ruhige Wahlen soll eine Vereinbarung sichern, die die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten in Deutschösterreich geschlossen haben.

Unser Berliner Bezirksparteitag.

Neden von Severing und Crispian.

Der Bezirkstag der Berliner Parteiorganisation begann am gestrigen Sonntag. Verschiedene Anträge fordern Neuwahl des Bezirksvorstandes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zur Beschäftigungsfrage vom Genossen Leid beantragt, jetzt keine Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen, da nicht die nötigen Vorbereitungen getroffen seien. Genosse Bauer wandte sich gegen den Vorschlag. Die Versammlung lehnte mit 211 gegen 177 Stimmen den Antrag Leid ab.

Hierauf sprach über die politische Lage

Genosse Severing:

Unser Volk und unsere Partei, so führte er aus, sind in einer überaus ernsten Lage. Wir können uns jetzt nicht den Luxus eines großen Meinungsaustausches gestatten. Wenn Sie den Kampf in der nächsten Zeit gegen Rot und Elend führen wollen, müssen Sie Vertrauen haben zu den Männern, die Sie auf vorgeschobene Posten gestellt haben.

Am 13. August hat die Reichstagsfraktion beschloffen, in die große Koalition einzutreten. Die Mehrheit der Fraktion glaubte, daß es jetzt an der Zeit sei, die Mittelparteien zusammenzuführen, um Deutschland aus dem Elend herauszubringen. Unser Elend ist eine chronische Krankheit, die eines langsame Heilungsprozesses bedarf. Niemand kann schnell wieder gut machen, was in neun Jahren geschehen ist. Sachlich müssen wir sein, wenn wir nicht die Arbeit unserer Partei diskreditieren wollen. (Sehr richtig!)

Die Wahl zur Nationalversammlung und der Berliner Parteitag haben die Frage der großen Koalition entschieden. Man muß eine Koalition in Kauf nehmen, wenn man ein regierungsfähiges Kabinett schaffen will. Für uns ist die Frage der Koalition eine Frage der Taktik. Es gibt Zentrumsmitglieder und Demokraten, die sich in nichts von einem Volksparteiler unterscheiden. (Sehr richtig!) Wir kam es immer darauf an,

Vertrauensmänner unserer Partei in der Regierung

zu haben. Nicht theoretische Erwägungen, sondern das Wahlergebnis ist mir für die Regierungsbildung ausschlaggebend gewesen. Immer war es ein guter Anschauungsunterricht, wenn sozialistische Regierungen gearbeitet haben. Aber doch ein Unterricht geht nicht auf Kosten der Bürgerlichen allein, wir haben vielmehr, daß die arbeitenden Massen die Leidtragenden waren. Ich habe mich damals gegen unseren Austritt aus der Koalition in Preußen gewandt. Seiner sind meine hieran geknüpften Befürchtungen alle eingetroffen. Die Demokratisierung der Verwaltung wird von einem bürgerlichen Kabinett niemals durchgeführt werden. Wo sozialistische Minister auf dem Posten sind, gibt es wegen sozialistischer Gesinnung keine Beamtenmaßregelung. (Widerspruch.) Es gibt heute weder einen konservativen Regierungspräsidenten, noch einen konservativen Oberpräsidenten. Ich sehe den kommenden Dingen mit verhältnismäßiger Ruhe entgegen, weil das Gefüge des Verwaltungsapparates in Preußen leidlich feststeht. Auch die meisten Landratsämter werden sicherlich die von Berlin erteilten Weisungen befolgen. Wer den Verwaltungsapparat nicht kennt, sondern nur auf ihn schimpft, der mag ein großer Kritiker sein, er ist jedoch ein schlechter Politiker. Die Mehrheit des Landtages hat meine auf weitestgehende Demokratisierung gerichteten Bestrebungen abgelehnt. Heute kann ein Aufseher auf einen vorgeschobenen Posten nur kommen, wenn ihm der Innenminister und der Finanzminister die Qualifikation zuerkennen.

Die große Koalition in Preußen war auch nötig, weil im Jahre 1920 eine Anzahl rechtsgerichteter Organisationen

versuchten, Deutschland in ein Landstreichslager zu verwandeln. Glauben Sie, daß eine sozialistenreine Regierung den Kampf gegen diese Organisationen aufgenommen hätte?

Als im Landtage die großen Kämpfe um meine Person geführt wurden, habe ich mir oft überlegt, ob ich meinen Posten verlassen solle. Aber ich versehe mein Amt nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern habe es durch die Landtagsfraktion erhalten. Ich habe der Partei die Treue gehalten und werde sie ihr halten bis an mein Ende. (Sehr wahr! Beifall.) Aber die Partei muß auch mir die Treue halten. Wenn die Parteigenossen ihren Führern die Treue halten, dann gibt es keinen Bürgerkrieg. Ich kenne das Kräfteverhältnis von rechts und links. Den Selbstschußorganisationen fehlt der frühere Zusammenhalt, Geld, Waffen und feste Führung. Wenn die Sozialisten geschlossen hinter der Staatsgewalt stehen, dann werden die Kupferstörer von rechts und links zu Paaren getrieben. Wer daran zweifelt, gibt sich und die Partei auf. Das Beste was die Landwirtschaft gegen Plünderung tun kann, ist reichlich Getreide abzulefern. Mit Jagdflinten bewaffneter Selbstschuß, von dem in dem Geheimschreiben des Kreislandbundes von Schwiebus die Rede war, ist bald entworfen. Bei den Lebensmittelunruhen im Kreise Linden gelang es den Arbeitern, alsbald 35 Jagdflinten zu erbeuten. Ich behauere, daß die Polizei in ihrem Wirken so schlecht von der Justiz unterstützt wird. Aber solange ich glaube, daß man durch arbeiten und immer wieder arbeiten seine Pflicht tun kann, will ich auf dem Posten bleiben. (Beifall.)

Ich beabsichtige kein Ausnahmengesetz gegen die Kommunisten; aber was ich rechtsgerichteten Kreisen nicht gestatten kann, darf ich linksgerichteten nicht erlauben. Die proletarischen Hundstschäfen, in denen unsere Parteigenossen als Kanonensukker willkommen

sind, sollen ja auch unsere Genossen aus den Betrieben herausprägen. Ich wende mich gegen diese Hundstschäfen, weil ein Teil unserer Genossen in den Betrieben es verabsäumt, dagegen Stellung zu nehmen. Die Zivilkourage, die die Parteigenossen von ihren Ministern verlangen, müssen sie auch selbst einmal aufbringen. (Beifall.) Der Redner wendet sich scharf gegen den letzten kommunistischen Generalkongress. Als ein kommunistischer Abgeordneter vor dem Generalkongress die Aufhebung des Verbotens verbotenes forderte, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß der Generalkongress Opfer über Opfer fordere. Da antwortete er: „Das muß in den Kauf genommen werden.“ Man stellt gegenwärtige Forderungen, läßt dafür 3 Tage streiken, treibt die Massen auf die Straße und geht mit einem Ahseljuden über die Opfer hinweg. Das ist eine

geradezu verbrecherische Verantwortungslosigkeit.

Wenn die „Rote Fahne“ die Regierung beschimpft, muß sie es sich gefallen lassen, daß sie auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik, das ihre Leute ja mit gefordert und beschloffen haben, verboten wird. Wer die Arbeitermassen heute vor die Fronten treibt, ist ein Arbeiterverräter, auch wenn er sich Kommunist nennt.

Ich unterstreiche die Kritik, die im einzelnen an der Reichswehr geübt wird, aber wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Damit schädigen wir nur die Republik und uns selbst. Wenn die Reichswehr nicht so ausbleibt, wie wir es wünschen, tragen wir einen Teil der Schuld selbst. Wo waren die Arbeiter, als es galt, die Reichswehr zu bilden? Gewiß, es war nur zu verständlich, wenn die meisten Arbeiter des Militärdienstes überdrüssig waren. Aber da die Sozialisten nicht kamen, darf man sich nicht wundern, wenn die anderen die Reichswehr bilden.

Wenn wir den Besitz nicht schnell und energisch zu Leistungen heranziehen, um unsere Währung gesund zu machen und die Reparationslasten zu zahlen, fallen wir so tief, daß nichts mehr gerettet werden kann. Daher bitte ich Sie, sich geschlossen hinter die Reichsregierung zu stellen. Es geht nicht an, nach einer Tätigkeit von 4 Wochen den Stab über sie zu brechen. Man fragt, was die Regierung bisher getan habe. Wenn Hilferding

weiter nichts getan hätte, als daß er in seiner großen Rede im Hauptauschuß des Reichstages mit schamlosster Offenheit die katastrophale Lage unserer Finanzen enthüllte, so wäre das schon eine Tat. Die Deutschnationalen agitieren gegen die Steuern. Sie werden sich daran gewöhnen müssen, diese Steuern und noch viel mehr zu zahlen.

An uns aber ist es, klaren Kopf und ruhige Nerven zu behalten. Mit unserer Kraft und unserem Selbstvertrauen müssen wir wirtschaften. Die Regierung wird in den nächsten Tagen manches tun müssen, was sie unpopulär macht, aber wenn die harten Maßnahmen zur Gesundung führen, dann wird man sie billigen müssen. Nie darf die Partei sich ihren Zukunftsglauben rauben lassen. Ihr Selbstvertrauen zu erhalten ist die wichtigste Aufgabe der Zukunft. (Beifalliger Beifall.)

Auf Beschluß des Parteitages erhielt sodann

Genosse Crispian

als Korreferent das Wort: Aus den zahlreichen Anträgen zum Bezirkstag geht hervor, daß sich die Parteigenossen des großen Ernstes der Lage bewußt sind. Ich habe gegen den Genossen Severing weder als Parteigenosse noch als Mensch das geringste vorzubringen. Ich wünsche nur, wir hätten in der Partei recht viele solcher Männer. (Beifalliger Beifall.) Es liegt mir sehr daran, daß die Schicksalsfrage der proletarischen Bewegung sachlich erörtert wird.

Es besteht für die Partei kein Beschluß, der die große Koalition billigt. Alle bisher gefassten Beschlüsse sind durch die Einigung aufgehoben. Es ehrt den Genossen Severing, wenn er von der Wirksamkeit seiner Polizei überzeugt ist, aber wenn die geschichtliche Lage gegeben ist, werden polizeiliche Maßnahmen zusammenbrechen wie Kartenhäuser. Als unsere Parteigenossen in die Reichsregierung eintraten, sind sie nicht persönlich überläßt worden. Seit Jahren haben wir Forderungen vertreten, von denen wir sagten, daß sie gut und durchführbar seien, aber es fehlen uns nur die Leute, sie zu verwirklichen. Mit großem Material versehen sind unsere Leute in die Koalition hineingegangen und daher

kann man in vier Wochen mehr von ihnen verlangen.

Was ist aus allen Steuerplänen geworden? Die Steuern sollten im September 150 Billionen Mark einbringen, ich glaube, daß wir jeden Tag dieselbe Summe ins Ruhrgebiet schicken, um einen Kampf zu finanzieren, der schon längst hätte beendet sein müssen. Keine Polizei kann die Steuerlabotage brechen. Auch die theoretische Politik der Volkswirtschaft ist an der harten Wirklichkeit zerbrochen. Der Großkapitalismus entscheidet heute noch über Sein und Nichtsein, wenn es nicht gelingt, ihm die geschlossene Macht des Proletariats entgegenzusetzen. Die Goldanleihe mag vielleicht ertragreich sein, aber sie wird dennoch ein Schlag ins Wasser sein. Man hat ja auch die Zeichnung auf die Zwangsanleihe einstellen müssen, weil ihre Stücke zur Spekulation benutzt wurden. Ich kann eine gewisse Genugtuung nicht unterdrücken, daß jetzt die Forderung einer Finanzminister erhoben wird. Solange eine Klassenregierung besteht, ist es unmöglich, sich ohne diktatorische Maßnahmen durchzusetzen. Alle bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Devalven sind verfehlt, sie sind ein Wachs rund um das Währungsproblem herum, weil man nicht den Mut aufbringt, auf den eigentlichen Kern loszugehen. Unsere Reichstagsfraktion hat gefordert, daß die Währung durch die Sachwertverfassung stabilisiert werde. Hypotheken sind nur eine steuerliche Belastung, aber keine Sachwertverfassung. Der ganze Kapitalismus ist auf Wucher aufgebaut, daher ist die polizeiliche Bekämpfung erfolglos. Wir haben viel zu viel Theoretiker in Deutschland, die sich um den Kapitalismus den Kopf zerbrechen. Wir verstehen unter Erfindung der Sachwerte, daß das

Reich Mitbesitzer der Produktionsmittel

werde, um so in die Preisgestaltung regelnd eingreifen zu können. Der Kapitalismus allein hat auch ohne Krieg und Friedensvertrag Schuld an unserer jetzigen Lage. Wir müssen den Massen klar machen, daß der Kapitalismus in Deutschland einen Punkt erreicht hat, an dem er der Kultur gefährlich wird und daß nur der Sozialismus helfen kann. Wir müssen den Kampf aufnehmen gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln. Wenn die Regierung diese Frage nicht löst, ist ihre Politik vollkommen bankrott. Eine weitere wirksame Maßnahme ist die Zentralisierung des Handels. Eine neue Währung kann nur geschaffen werden, wenn der Reichshaushalt in Ordnung ist. Die neue Währung ist nicht der Anfang, sondern das Ende aller Finanzmaßnahmen. Es besteht die Gefahr, daß sich die Industrie selbst eine Lebensbank schafft und die Währungsfrage in die Hand nimmt. Die Ernährungsfrage kann nur durch planmäßige Organisation auf sozialistischer Grundlage gelöst werden. Den dazu erforderlichen Apparat können wir uns auf unsere Betriebsräte unserer Partei und die Gewerkschaften stützen. Wie soll man sich der Erregung der Massen entgegenstellen, wenn man selbst erregt ist? Dadurch kommt man nur in eine schiefe Lage. Wir haben viel zu viel staatsmännische und viel zu wenig proletarische Politik. (Beifall.)

Bei dem Kampf zwischen Feinrot und Gehler geht es nicht um Personen, sondern um das System der Reichswehr. Es geht darum — und das ist meine persönliche Meinung —, daß mit Willen des Reichswehrministers die Konterrevolution organisiert wird. Haben wir jemals Erregungsschancen von entscheidender Bedeutung durch den Parlamentarismus, oder haben wir sie auf der Straße erkämpft? Eine elementare Bewegung muß sich Bahn brechen gegen alle Staatsmaßnahmen. Die U.S.P. wollte 1919 keine Wahlen, um erst die Erregungsschancen der Revolution zu beseitigen. Die Demokratie endete mit Kapp-Lüttich. Wie wurden Kapp-Lüttich gestürzt? Durch Generalstreik und bewaffneten Aufstand, und wir mußten so in Ordnung bringen, was durch die Koalition verderben wurde. Wir unabhängigen haben damals bei den Wahlen einen großen Aufschwung erlebt. (Beifalliger Beifall.) „Und später?“ Große Unruhe.) Heute bestimmen über die Reichswehr, in der 60 Proz. uradliche Herren Offiziere sind, die Kapitalisten. Es ist für die Partei jetzt eine Frage der Ehre geworden, daß Gehler geht. Wenn es nicht gelingt, die Reichswehr von ihren Verbindungen mit den Geheimorganisationen zu lösen, müssen wir die Reichswehr auflösen.

Sie mögen gegen den „Vormärts“ haben, was sie wollen, aber er liefert doch eine ganze Menge Material, das sehr lehrreich ist. Es fehlt jedoch unserem Blatt eine Sprache, die die Massen verstehen. Es fehlen Artikel und Notizen, die unseren Genossen die großen Zusammenhänge klarmachen.

Wir haben uns geeinigt, weil wir den Bestrebungen der Reaktionskräfte entgegenwirken wollten. Heute haben wir die große Koalition! Die Reden Stresemanns sind in außenpolitischer Hinsicht gut. Aber in bezug auf die innere Politik müssen wir sie uns schärfer ansehen. Er hat von der Wehrpflicht der Arbeit gesprochen, und Sinnes hat prompt dieselbe Forderung erhoben, d. h. die Forderung der Mehrarbeit. Zwei Stunden Mehrarbeit sei das Mindeste. Stresemann hat zwar auch von der Wehrpflicht des Besitzes gesprochen, und das war sehr geschickt von ihm. Wenn es Sinnes paßt, schneit er die ganze Politik der Volkspartei um. Der Reichsarbeitsminister Raumer hat erklärt, die Löhne seien zu hoch in Deutschland, sie müssen abgebaut werden. Wir müssen Ueberstunden arbeiten. Sinnes und Raumer stehen auf dem Boden der Natur der Schwereindustrie.

Glauben Sie nicht, daß wenn wir die Macht haben, alles mit einem Male besser wird! Ich sehe alle Gefahren, aber das ist kein Grund politisch nicht tätig zu sein. Ähnlich mögen die Geheimorganisationen tot sein, aber im Lande sieht es anders aus. Genosse Severing steht sein Leben aufs Spiel. Er kann aber dieser Dinge nicht Herr werden, wenn nicht die Massen aufstehen. Wir erleben es, daß heute in Deutschland kein einziger Mensch die Zivilkourage aufbringt,

offen auszusprechen, daß das Ruhrgebiet verloren ist, trotzdem das die Spaten von den Dächern pfeifen. Man fürchtet die Dolchstoßende. Jawohl, die kommt sicherlich.

Wenn wir die Verwaltung demokratisieren wollen, dann ist es besser, einen guten Republikaner als Beamten zu nehmen, der anfänglich Fehler macht, als bewusste Saboteure in ihren Ämtern zu lassen. Was man im November gegen die Koalition vorgebracht hat, gilt noch heute. Daran sollte sich die Reichstagsfraktion erinnern.

Die alte USR hat bei der Bekämpfung des Bolschewismus alles aufs Spiel gesetzt. Ich beurteile den Bolschewismus heute noch genauso, wie ich es früher getan habe. Die kommunistische Bewegung ist in Deutschland nicht einheitlich. Die Einheit besteht nur in der Abwehr der Unterdrückung. Wenn ein Gedanke falsch ist, wird er durch die Geschichte erledigt. Wenn wir die Kommunisten mit der Polizei bekämpfen, erleiden wir unsere Genossen in den Betrieben zur Passivität. Ich will den

Kampf gegen die Turkestaner,

aber das kann nur mit einer proletarischen Politik geschehen. Daher keine Koalition mit den Bürgerlichen, eine Koalition der Arbeiter, die auf Kampf eingestellt ist. Erziehen Sie Klassenkämpfer, die nur eines fragen: Dürfen wir kämpfen, wir sind bereit, Opfer zu bringen, weil das der einzige Weg ist, uns vom Elend freizumachen. Im Kampf allein werden wir unser Ziel verwirklichen. Das ist mein Programm als Sozialdemokrat. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Die Aussprache über die beiden Referate wurde wegen der vorrückten Zeit auf Sonntag, den 23. September, verlagert. Genosse Schlegel teilte mit, daß auf 500 Mandate zum Bezirkstag 464 Vertreter anwesend seien. Es fehlten 16 Delegierte der Mitgliedschaften, 8 Reichstagsabgeordnete, 10 Landtagsabgeordnete, ein Mitglied des Bezirksvorstandes und 1 Revisor.

Hierauf wurde beschlossen, den Landtagsabgeordneten Genossen Meier außerhalb der Tagesordnung zu hören über den

Fall Zeigner-Gehler.

Ich persönlich vermittele, so führte Meier aus, von der Parteileitung und dem Zentralorgan die Unterstützung Zeigners, die er in seinem Kampf gegen Gehler verdient. Am Tage des Regierungsturmes war Genosse Zeigner in Berlin, um mit dem Reichspräsidenten über die Reichswehr zu sprechen. Er kam nicht dazu, da die Cuno-Regierung inzwischen zurücktrat und jeder annehmen mußte, daß Gehler nicht zurückkehren würde. Bei den Ministerbesprechungen in Berlin ist von der sächsischen Regierung auf die zweideutige Haltung der Reichswehr hingewiesen worden. Es ist nicht wahr, daß die Reichswehr die Verbindung mit den Geheimorganisationen abgebrochen hat, sie hat diese Beziehungen vielmehr ausgebaut. Es gibt maßgebende Genossen, die aus guten Gründen der Meinung sind, daß diese Dinge nicht in der Öffentlichkeit besprochen werden sollen. Aber es gibt doch einen Punkt, wo man nicht mehr schweigen kann, weil man sich dann zum Mitschuldigen macht. Wir müssen die sächsische Regierung in ihrem Kampf unterstützen. Es wird Herrn Gehler schwer fallen, zu seiner Erklärung zu stehen.

Ich richte folgende

Fragen an den Reichswehrminister:

Ist es richtig, daß der frühere Reichskanzler Dr. Cuno mit Hochachtung die Besprechungen abgehalten hat, deren Inhalt es war, neben der Reichswehr noch eine schwarze Reichswehr zu bilden? Ist es richtig, daß Cuno mit Herrn von Groese darüber verhandelt hat, wie die reaktionären Turnerschaften in die Reichswehr eingegliedert werden können? Ist es ferner richtig, daß General Ludendorff im Auftrag des Reichswehrministeriums die Vermittlung und Verbindung mit jenen illegalen Organisationen aufgenommen hat und daß zur Führung ihrer Formationen die Generale Lettow-Vorbeck, Räder und von Stülpnagel bereitgestellt werden sollten?

Alle Prozesse, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik gegen solche Bandenführer geführt werden, werden im Sande verlaufen, denn die Führer der Reichswehr scheuen sich nicht, mit den Reichswehrführern, Mitgliedern des obersten deutschen Gerichtshofes in Verbindung zu treten, um sie dahin zu beeinflussen, daß kein solcher Prozeß oder eine Vernehmung unter Eid in diesen Angelegenheiten stattfinden.

Der Redner behauptet weiter, daß ein führendes Parteimitglied dem Vertreter des „Dresdener Anzeigers“ in einer Unterredung mit Bezug auf das Vorgehen Zeigners gefloht habe, es gebe nicht an, daß den Genossen in der Regierung von irgendeiner Seite in den Rücken gefallen werde. Jetzt wo die Regierung den schwersten Kampf gegen die Kommunisten zu führen habe. (Unruhe, Zurufe: Namen nennen.) Unter Parteimitglied in Dresden hat sich dagegen jemand, aber der „Dresdener Anzeiger“ hat klar erklärt, daß kein Berliner Vertreter nicht nur jenes Parteimitglied, sondern auch ein Mitglied jener Kommission gesprochen hätte, die in Dresden war, um die Angelegenheit Zeigner-Gehler zu klären. Das heißt Zeigner in den Rücken fallen. Die Rechtsposition, die wir in Sachen haben, darf nicht erschüttert werden. Ich hätte gewünscht, daß heute hier an Stelle des Genossen Seering der Genosse Zeigner gesprochen hätte. Der Redner legte eine Entschädigung vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist und in der zum Schluß dem Genossen Zeigner der Gruß des Bezirksrates entbieten wird.

Schließlich erhielt nochmals Genosse Seering das Wort: Es gibt eine Methode, solche Dinge durch rednerische Aufmachung und eine andere, sie ohne Inanspruchnahme der Öffentlichkeit zu erledigen. Bei der gepönbten Rede scheint mir das letztere geboten. (Zwischenrufe — Unruhe.) Ich muß mich gegen den Vorwurf verwahren, daß ich solche Dinge „hintenherum“ behandelte. Ich muß schon den Genossen Meier bitten, diesen Gegenstand in der Landtagsfraktion zur Diskussion zu stellen. Ich kenne das Material Zeigners gegen die Reichswehr. Es ist wenig gegen das, was ich 1921/22 vorgefunden habe. Zeigner ist bei mir gewesen, und als er schied, lobte er mich: „Hier treffe ich eine Stelle, die weiß, was sie will, die mir für mein schweres Amt in der Zukunft eine gewisse Beruhigung gibt.“ Ich glaube, daß alle diese Dinge in einer Besprechung der Innenminister zu klären sind. Wenn Sie die Resolution Meier annehmen, ohne mir zugleich ein glänzendes Vertrauensvotum auszusprechen, dann sind Sie undankbar. Ich weiß, daß die Verbindungen mit der Reichswehr, von denen der Genosse Meier sprach, beseitigt sind. Ich habe in aller Stille diese Dinge bekämpft und dabei mehr als einmal mein Haupt auf den Boden gesetzt. In ruhigen Zeiten wird man ein Urteil gewinnen, wessen Verhalten richtiger war, meines oder des Zeloners. (Beifall.)

Ich bitte heute, von jeder Resolution abzusehen und keine Entschlüsse zu fassen, die den Parteivorstand, der die Angelegenheit in die Hand genommen hat, irgendwie leistung. Ganz selbstverständlich ist es, daß wir Zeigner unterstützen. Sollte das Interview im „Dresdener Anzeiger“ wahr sein, so ist dieses Verhalten eines Genossen eine große Taktlosigkeit. Der Redner ging dann auf die Unterredungen Cunos mit Hoch und v. Groese ein und sagte, daß es der größten Aufmerksamkeit bedürfte, um im Februar, März und April Stellen der Reichsregierung vor Dumheiten an der Weltfront zurückzubringen.

Ich stimme dem Genossen Crispian zu, daß es wohl noch nie eine Zeit gegeben hat, in der es so nötig gewesen wäre, den Genossen die Wahrheit zu sagen. Aber dazu gehört auch, daß man

den Genossen nicht vormacht, daß sie härter seien, als sie es wirklich sind.

Ich bin kein Riesmocher, aber wir müssen auch die Grenzen unserer Kraft erkennen, sonst geht es uns wie Ludendorff, der Reimenter auf Regimente einsetzte, bis er erkennen mußte, daß seine Kraft zu Ende ging. Genosse Crispian sprach von den viel zu vielen Theoretikern, ich glaube, daß er ihre Zahl heute um einen viertel hat. Noch nie hat es ein Land gegeben, das vor die Lösung so großer Aufgaben gestellt war wie Deutschland, und ich beneide den Genossen Crispian nicht um sein Kraftvermögen. Er sagte, daß der Ruhrkampf schon früher hätte beendet sein müssen. Dazu aber wäre nötig gewesen, Einblick in die Finanzlage des Reiches zu haben. Heute wie der Genosse Herz haben in den Ausschüssen des Reichstages über ihre Kraft gearbeitet und doch hatten sie keine Ahnung

von der wirklichen Lage. Darum sage ich: hinein in die Regierungsstellen! Hätten wir schon im Februar oder März einen Finanzminister gehabt, der den Belennermut aufgebracht hätte, zu sagen was ist, so hätte er schon damals erklären müssen, daß der Ruhrkampf nicht mit der Rotenpresse finanziert werden könne. Ich bin der Meinung, daß man aus der Praxis mehr lernen kann, als aus der Theorie. Ich bilde mir gar nicht ein, mit Polizeimaßnahmen einen Bürgerkrieg verhindern zu können. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ein sozialistischer Minister sich in seinem Amt nur behaupten kann, wenn er sich auf die sozialistischen Maßnahmen stützen kann.

Ich habe mich gegen jede leichtfertige Spielerei mit dem Bürgerkrieg zu wenden. Wer heute die Arbeiter mit den Waffen in Konflikt bringt, veründigt sich an der Arbeiterschaft. Für unsere Parteigenossen aber sage ich: Es ist ein Hundstott, der jetzt die Partei verläßt. Das gilt für die Führer, das gilt auch für die Massen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Genossen Ruben wird beschlossen, Genossen Zeigner nach Berlin zu laden, um hier zu den Genossen zu sprechen. Zu dem Bezirkstag am Sonntag, den 23. September, gelten die ausgegebenen Delegiertenkarten nur, wenn sie auf der Rückseite den Namen des Delegierten und den Stempel seiner Abteilung tragen. Schließlich setzte der Bezirkstag den Beitrag für September fest. Er beträgt für Männer 150 000 M., für Frauen 60 000 M. je Woche. Schluß der Tagung um 1/2 Uhr.

Ein Pfund Knochen = 1 Million!

Dem Kinderbettelnden wird das Verhungern leichter gemacht als die Ernährung. Er konnte sich vor einem Vierteljahr immer noch mit einem zum Sonntagsschmaus eingekauften Pfund Knochen einigermaßen helfen. Mit Brühknochen ohne Fleisch ließen sich Suppen und GemüsegGerichte bereiten. Jetzt gibt es auch das kaum mehr. Der Pfundpreis für Knochen ist glücklicherweise bei einer Million angelangt. Einst hieß es mit verhaltenem Lachen: „Meister, nicht so viele Knochen — — — Fleisch will ich kaufen!“ Prompt antwortete der Meister: „Geben Sie etwa, der die Ochsen uff Sätze lösen. Ich muß die Knochen mitbezahlen und kann sie nicht uff de Straße werfen.“ Jetzt reißt man sich, wenn eine Million dazu übrig ist, um Knochen. Die Nachfrage ist weit größer als das Angebot, was ebenfalls den Preis hochschraubt. Viel Nährwert hat ja die fettige Brühe nicht, aber man kann Hülsenfrüchte und Gemüse nicht lediglich, wie einen Schweinefraß, mit Wasser zusammenkochen. Nachfrager sind hauptsächlich die Rotleidenden des „Standes ohne Mittel“, alles Leute, die meist bessere Lage gesehen haben, daneben Arbeiterfrauen mit vielen Kindern, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Angehörige der freien Berufe. Man muß wochenlang in diese Kochtöpfe hineingeschaut haben, um das Wirtschaftselend unserer Zeit richtig zu erfassen und um die Ursachen zu erkennen, weshalb so viele Menschen, namentlich die älteren, ausgemergelt und kraftlos wie Halbtiere über die Straße schleichen. Die Mehrheit der Rebaille sind auch im Schlächterladen die — na, sagen wir — Wohlgenährten. Es ist erstaunlich, wieviel Fettwürste manche Menschen noch mit sich herumschleppen. Ohne sie wären die Schlächtermeister längst peite.

Opfertag der Kleingärtner Schönbergs.

Der in Kreisen der Kleingärtner entstandene Gedanke, von dem Erntertrag ihrer Gärten freiwillige Spenden an Bedürftige und Rotleidende abzugeben, hat auch im Verwaltungsbezirk Schönberg rasch Freunde gefunden. Am Sonntag veranstalteten Kleingärtner des Schönberger Südgebietes im Rathaus am Rudolf-Wilde-Platz einen Opfertag, mit dem sie vielen alten Beuten eine Freude bereiteten. Das Wahlsfahrtsamt des Bezirkes, das von der Kleingärtnerorganisation um Unterstützung gebeten worden war, hatte aus den Armenrentnern, Sozialrentnern, Kleinrentnern, Kriegshinterbliebenen und Erwerbslosen 525 Personen ausgewählt. In der Vorhalle des Rathauses beieinander sitzend, boten sie ein ergreifendes Bild geduldig ertragener Not. Unter ihnen waren von Alter und Krankheit gebeugte Greisinnen, die infolge körperlicher Schwäche der Führung bedurften. Die schlichte Feier, die der Spendenverteilung voranging, wurde durch Gesang des Schülchors der hohenzollernschen Schule eingeleitet. Gesanglehrer Haack, der zugleich Kleingärtnerlehrer auf dem Südgebiet war, hatte seine Jungen mobil gemacht, um die Alten zu erfreuen. Im Namen der Kleingärtner begrüßte der Organisationsvorsitzende Volte die Versammelten. Wir erfüllen, sagte er, in der Not dieser Zeit nur eine Menschenpflicht, wenn wir Ihnen mit diesen kleinen, aber gern gespendeten Gaben ein wenig zu helfen versuchen. Als Vertreter des Bezirksamtes Schönberg sprach Stadtrat Wols, der Vorsitzende des Wohlfahrtsamtes. Er wünschte, daß die schöne Hilfsbereitschaft der ihr Land mühsam bearbeitenden Kleingärtner denen ein Vorbild sein möchte, die reichere Mittel haben, den Bedürftigen zu helfen.

Nach einem Schlußgefang des Schülchors begaben sich die alten Beute in die Ausstellungshalle des Rathauses, um die Gaben in Empfang zu nehmen. Die Kleingärtner hatten Gemüse aller Art zusammengebracht, Kohl, Kohlrabi, Mohrrüben, grüne Bohnen, Kürbis usw., dazu eine ansehnliche Menge Kartoffeln, aus der jedem 15 Pfund gegeben wurden. Auch für Bollen, Petersilie und anderes Gartengemüse war gesorgt worden. Bei jeder der zurechtgemachten 525 Gemüsespenden lag auch etwas Obst, und mancher Spender hatte noch einen freundlichen Blumenstrauch beigelegt. Aber die Kleingärtner opferten nicht nur von ihrem Erntertrag. Sie hatten Wehl, Gerst, Erbsen, Salz, Marmelade, Rosas, Tee, Kinderernährung, Koffee, Schrippen, Brot angeschafft, hatten aus ihren Brennstoffvorräten einen beträchtlichen Stapel Kohlen und Holz zusammengesammelt, so daß auch von diesen Dingen an Bedürftige verteilt werden konnte. Nicht jeder konnte von allem erhalten, doch waren die Spenden im ganzen gleichwertig. In Taschen und Tüten, Säcken und Körben schleppten die Beschenkten, von Angehörigen unterstützt, die Spenden nach Hause, deren jede etwa 30 Pfund schwer war. Der Gesamtwert der verteilten Nahrungsmittel und Brennstoffe dürfte mit 5 Milliarden Mark nicht zu hoch geschätzt sein.

Zeichen emigen Fleißes und unerdrossener Ausdauer zeigte auch eine Ausstellung der Kleingärtner, die im Charlottenburger Volksgarten am Tensler Weg bis zum 11. September zu sehen ist. Trotz der verhältnismäßig unglücklichen Witterung konnten Bräutereispiele von Kartoffeln und allen möglichen Gemüse- und Obstsorten zur Schau gestellt werden. Die Tomaten freilich schauten recht grün drein, sie haben den Rangsel an Sonne bemerkbar über genommen. Kürbisse an 50 Pfund schwer und Maiskolben hielten, ihrer Gewichtigkeit und Eigenart wegen, besonders auf. Auch dem Schönheitssinn war volles Rechnung getragen, denn die Blumen- und Gemüsesorte und die einzelnen Stände untereinander traten in einen Wettbewerb betreffs der geschmackvollen Anordnung. Photographien veranschaulichten, wie wüst und unwirksam früher das letzte Baubengelände ausgesehen hat. Daburd kommt man einen Begriff von der unendlichen Arbeit, die in dieses Land hineingesetzt worden ist, und wie sich man aber auch den Stolz des Kleingärtners auf alle das Selbstgeorgene verstehen. — Der Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands, Gau Groß-Berlin, Bezirk Westen II, bescherte am Sonntag 250 Bedürftige. Die gespendeten Kleinrentnerrenten waren nämlich eine Zuschußung für sich. Mit Liebe ausgewählt und aufbewahrt, als hätte es einen Preis zu gewinnen. Selbst ein paar Brostbrotten und etliche Scheibe Holz, damit auch das Wohl gefodert werden konnte, fehlten nicht. Die größte Freude aber machte den alten Beuten, um solche handelte es sich durchweg, wohl die Gratuloterie. Gaben, die, hätte man sie einem einzelnen zutommen

lassen, die anderen benachteiligt hätten, wurden einfach verlost. Daher gab es u. a. zu gewinnen eine Flasche Wein, Kürbisse von ganz beträchtlichem Umfang und Hyns, einen jungen, schwarzen Hahn. Auch werden 90 Proz. der ausgestellten Gegenstände nach Ausstellungs-schlus an Bedürftige verteilt.

Der erste Tag der „Kleinen Berliner“.

Die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs hat sich heute Montag früh in dem vorgesehenen Umfang vollzogen. Dem neu eingestellten Personal, das bekanntlich rund 4000 Köpfe stark ist, waren die veränderten Arbeitsbedingungen am gestrigen Sonntag auf den Bahnhöfen bekanntgegeben worden. Danach ist die Arbeitszeit für das Fahrpersonal gegenüber den bisherigen Bedingungen um 1 1/2 Stunden täglich verlängert worden, da nur die reine Fahrzeit, aber nicht die Arbeitspausen berechnet werden. Zur Beruhigung der infolge der Neuregelung nicht wiederingestellten Straßenbahner wurde auf allen Straßenbahnhöfen eine von Oberbürgermeister Böhm und Stadtbaurat Dr. Adler unterzeichnete Bekanntmachung veröffentlicht, in der die Gründe, die zur Stilllegung bzw. Neuorganisation der Straßenbahn geführt haben, dargelegt werden und gleichzeitig versichert wird, daß die Stadt Berlin ihr möglichstes tun werde, um die Not der entlassenen Straßenbahner zu lindern. Das Handwerkerpersonal des Verkehrsunternehmens ist vorläufig auf ein Minimum beschränkt worden, da in der nächsten Zeit nur die aller notwendigen Unterhaltungsarbeiten am Wagenpark und den Gleisanlagen vorgenommen werden sollen. Alle größeren Gleisveränderungen und sonstigen Reparaturen sollen einstweilen aus Ersparnisgründen vermieden werden, was um so leichter durchführbar ist, als durch die Verringerung des Verkehrs betriebsfähige Wagen weit über Bedarf zur Verfügung stehen und auch die Beanpruchung der Gleisanlagen und sonstigen Einrichtungen eine weit geringere ist als bisher. Inwieweit die heute in Kraft getretene Neuorganisation des Straßenbahnverkehrs den Bedürfnissen und Wünschen des auf die Straßenbahn angewiesenen Publikums entspricht, muß natürlich abgewartet werden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, war heute die Inanspruchnahme der Straßenbahnwagen noch schwächer als in der letzten Zeit, d. h. also völlig unzureichend. Umsteigefahrer wurden, wie durch Umfrage festgestellt werden konnte, sogar in noch geringerem Maße als in den letzten Tagen der alten Straßenbahn verkauft. In erster Linie ist dieser Umstand natürlich auf die heute in Kraft getretene sehr erhebliche Tarifserhöhung zurückzuführen, die vorläufig noch abschreckend wirkt. Möglicherweise verschiebt sich das Bild etwas zugunsten der Straßenbahn vom morgigen Dienstag ab, an dem bekanntlich Stadtbahn und Hochbahn ihre Tarife ebenfalls stark heraufsetzen.

Unaufgeklärte Morde.

Zu den beiden Morden in der Uhlandstraße und am Nazareth-Friedhof wird mitgeteilt, daß die fortgesetzten Ermittlungen der Kriminalpolizei noch keine weitere Klärung gebracht haben.

In der Uhlandstraße wurde am gestrigen Sonntag vormittag nochmals ein Verhörtermin abgehalten, um besonders die Zeiten, in denen die ermordete kleine Ingeborg Bartkowsky nach Hause gekommen und ihrem Mörder in die Hände gefallen sein mußte, genau festzustellen. Die Ermittlungen, die sich daran anschlossen, dauern noch fort. Eine Zeugin will gesehen haben, daß das Kind etwa 10 Minuten nach seiner Umkehr vor der elterlichen Wohnung wieder über den Hof gekommen und aus dem Haus auf die Straße herausgetreten sei. Ob es allein oder in Begleitung zurückgekehrt sei, kann auch diese Zeugin nicht sagen. Für die Aufklärung des schrecklichen Verbrechens hat ein deutschfreundlicher Holländer, der mit seiner Familie in Berlin wohnt, eine Belohnung von über 100 Millionen Mark ausgesetzt und der Polizei übermietet.

Zur Aufklärung des Verbrechens an der Pfliegerin Hedwig Pleitig wurden gestern auch die Eltern der Ermordeten und Angestellte der Anstalt Buhlgard, von der Kriminalpolizei gehört. Aber auch diese Vernehmungen brachten keinen weiteren Aufschluß. Hedwig Pleitig, ein lebenslustiges Mädchen, hat bei ihren Ausgängen in der dienstfreien Zeit zwar wiederholt auch ihre Eltern besucht, aber nicht immer. Ueber ihren sonstigen Verkehr können auch sie keine Auskunft geben. Nach dieser Richtung wird weiter geforscht. Die Obduktion der beiden Leichen wird wahrscheinlich im Laufe des heutigen Montags stattfinden.

Beschlagnahme von Kartoffeln und Butter. 6 1/2 Zentner Kartoffeln beschlagnahmt und zwangsweise verkauft, weil L. die Kartoffeln das Pfund für 120 000 M. verkaufte, während er selbst 75 000 M. für das Pfund im Einkauf bezahlt hatte. In gleicher Weise ging die Bürgerpolizei gegen den Händler Z. auf dem Wochenmarkt in Schmaragdort vor. Z. hatte, obgleich der amtlich festgesetzte Preis 11 420 000 M. für das Pfund Butter betrug, 13 Millionen gefordert. Noch vorhandene 15 Pfund Butter wurden beschlagnahmt und zwangsweise verkauft.

Kann und die nationale Welt vor dem Chaos retten? Zu dieser Frage nimmt Genosse Bieler am Dienstag, den 19. September, 7 Uhr, in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Stellung. (Ring: Savignyplatz.)

Schweres Schiffsunglück an der kalifornischen Küste. Nach einer Havosmeldung aus San Francisco sind sieben amerikanische Torpedobootszerstörer in der Nähe von Santa Barbara infolge dichten Nebels gescheitert. Zweihundzwanzig Mann der Besatzung werden vermisst, dreizehn Mann wurden ins Hospital geschafft. Eine weitere Havosmeldung berichtet, daß alle gescheiterten amerikanischen Torpedobootszerstörer vollkommen verloren sind. Die Zahl der Toten beträgt 25.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, bei wechselnder Temperatur und meist schwachen, vorderrschend nördlichen Winden

Kleines Feuilleton.

„Alte“ im Deutschen Opernhaus. Man hört noch anfänglich Klagen jetzt Gutes über die Geschäftslage des Charlottenburger Opernhauses. Man hört auch Gutes im Opernhaus, wenn Altes die Zeitung hat. Er ist der rechte Mann für dieses Haus, dem es immer an einheitlicher strengerer Zucht gefehlt hat und das nun Aussicht hat, aus seinem Mittelstadium-Riveau in das der Großstadt emporgehoben zu werden. Ihr Spürt es vor allem in der wachsenden Geschmeidigkeit und Sänglichkeit des Orchesters, weniger noch am Durchschmitt des solistischen Materials. Doch das sind Zeiträume, Zeiträume, Zeit- und Geldangelegenheiten. Man hilft sich vorerst mit zugkräftigen Gästen. Die Hauptattraktion der Bismarckstraße ist Laubenthal. Ueber diesen Bescheid ist ebensowenig zu streiten, wie über die bekannte Gespinntheit des Tenors, immer dann abzufolgen, wenn er in der gleichen Woche ein eigenes Konzert vorhat. Warum sagt er nicht lieber dieses ab? Man sollte die Befugnisse des Theaterarztes revidieren! Der Einspringer Johnson konnte schwerlich als Rabanes befriedigen. Beca Schwarz als Alce verliert sich in äußerlich wirklichen, aber sehr gemacht, zugeschnitten Spielereien des Körpers und der Arme, ihre Stimme schärft sich zudem unendlich zu. Trotzdem sie sehr gefeiert wurde, war der eigentliche Gewinn des abends Frau Cahier, die eine menschliche Bewegtheit mit höchstem Stillsitzen im Singen paart, und die eine dunkelschöne, breittlingende Stimme für die Liebe und Tüde der Skavin Amneris aufbietet. Der Aufzugsaal hatte musikalisch und in der Regie großen Zuschnitt. Die früheren Notenpulte Regisseurs sind fortgefallen. Man nehme den Russen nun noch die Noten und dem ersten Trompeter das stillose Pincenz! R. E.

